

CDU: Partei weiterdenken. Mitgliedschaft stärken. Quoten verhindern.

Beschluss

der Jahreshauptversammlung am 05.09.2020 in Leck:

Die JUNGE UNION NORDFRIESLAND fordert einen offenen Diskussionsprozess um die Vorschläge der Struktur- und Satzungskommission innerhalb der CDU und bezieht hierzu Stellung:

1. Wir lehnen den Quotierungsvorschlag sowohl für Frauen als auch Jugendvertreter in Gremien und Listen ab.

Wir sind der Überzeugung, dass das Problem mangelnder Beteiligung von Frauen und jungen Leuten in der Partei durch eine Quotenregelung nicht gelöst wird. Zudem widerspricht eine Quote unserem Verständnis von Leistungsgerechtigkeit, Gleichberechtigung und Wahlfreiheit. Sie wird der Realität an der Basis insofern auch nicht gerecht, als dass Funktionsträger beider Geschlechter mit hohem Arbeitseinsatz geworben werden und es auf jedes aktive Mitglied für sich ankommt – unabhängig vom Geschlecht.

2. Gleichwohl erkennen wir das Problem der Unterrepräsentanz von Frauen und Jüngeren in Reihen der CDU Deutschlands. Für den Kreisverband Nordfriesland sowie den Landesverband sehen wir dies allerdings ausdrücklich nicht. Hier ist die Beteiligung bereits durch intensive Arbeit erreicht. Wir werden hierbei unseren Beitrag leisten. Zur Lösung dessen unterstützen wir die Arbeit der eingesetzten Arbeitsgruppe zur attraktiven Ausgestaltung der Öffentlichkeitsarbeit und wollen uns darüber hinaus auch für eine attraktive Partei einsetzen. Erfahrungen aus Nordfriesland müssen sodann auf die höheren Ebene weitergebracht werden.

3. Die vorgeschlagene Erweiterung des Kataloges parteischädigender Maßnahmen ist für den Bereich sozialer Medien zu weitreichend. In der vorliegenden Fassung sind sie zu weit gefasst und umfassen auch kritische Postings zur eigenen Partei. Doch gerade so belastende Diskussionsvorstöße einiger Funktionsträger wie zur Zusammenarbeit mit der Linkspartei können nicht unwidersprochen bleiben. Die Kriterien müssen daher enger gefasst bleiben. Die bisherige Fassung der Satzung reicht in diesem Punkt aus.

4. Eine Entlastung der Kreisgeschäftsstellen durch neue, möglichst einheitliche, digitale Verwaltungshilfen ist ein wichtiger Vorschlag. Zudem müssen wir auch erreichen, dass zeitaufwendige Verwaltungsaufgaben auch zentralisiert werden können, ohne dass die Kreisgeschäftsstellen hierdurch geschwächt werden. Die Satzungs- und Strukturkommission erkennt zurecht die Geschäftsstellen in der Fläche als Rückgrat der Struktur unserer Volkspartei an. Dies darf sich im Grundsatz nicht ändern. Daher muss die Personalhoheit für Geschäftsstellen auch beim Kreisverband bleiben.

5. Neue digitale Beteiligungsformate sind nicht zuletzt durch Corona weiter auszubauen. Der Vorschlag der Kommission ist zu unterstützen.

Begründung:

Mit einem Vorschlagspapier zu unklugem Zeitpunkt beendete die Struktur- und Satzungscommission der CDU Deutschlands ihren Arbeitsauftrag. In fünf Überpunkten werden Ziele für die Parteistruktur definiert und Maßnahmen hierzu vorgeschlagen. Dies reicht von der Entlastung von Kreisgeschäftsstellen über neue Beteiligung bei Personaldiskussionen auf Bundesebene hin zur Anerkennung neuer Sonderorganisationen. Was in der Diskussion hervorsticht sind dabei neue Sanktionsmöglichkeiten für parteischädigendes Verhalten im Netz¹ sowie eine strukturelle Frauenquote für Parteivorstände.²

¹ Vorschlag zu § 12 Ziffer 5 ff. Statut

² Vorschlag zu § 15 Statut